



Bundes- tags- brief

Nr. 127 • Die Woche im Bundestag • 14.12.2012



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Starkes Deutschland – Chancen für Alle

Der CDU-Bundesparteitag in Hannover war ein voller Erfolg. Die CDU hat ihre Vorsitzende, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit einem überwältigenden Wahlergebnis in ihrem Amt bestätigt. Wir haben allen Grund, auf unsere Bilanz stolz zu sein.

Deutschland geht es heute nicht nur gut, sondern sogar besser als vor der Krise. Mit einer Beschäftigtenzahl auf nie gesehener Höhe, mit weniger Arbeitslosigkeit, mit steigenden Löhnen und gesunden Sozialkassen hat unser Land beste Aussichten für eine weitere gute Zukunft.

Die Erfolge der christlich-liberalen Koalition machen klar, dass es keinesfalls egal ist, wer unser Land führt. Wo wir regieren, geht es den Menschen besser.

Wir wissen, dass die Erfolge unseres Landes vor allem dem Fleiß und der Leistungsbereitschaft der Menschen zu verdanken sind. Deswegen unterstützen wir sie durch kluges und besonnenes Regierungshandeln, statt Leistung und privates Engagement zu verteufeln.

CDU und CSU stehen für die Interessen der Mitte, des Bürgertums, der mittelständischen Wirtschaft. Kurz: Wir stehen für ein starkes Deutschland - ein Deutschland, das allen Menschen Chancen bietet.

Daher gilt es, weiterhin klug und umsichtig die Gefahren zu meistern und wachen Blicks etwa Eintrübungen im Wirtschaftsklima im Auge zu haben.

Wer sich die Programme der Konkurrenz ansieht, erkennt dort schnell eine Rückkehr zu den Rezepten der 70er Jahre, als man – vom Wohlstand geblendet – durch immer höhere Abgaben

und immer mehr Eingriffe die Belastung der Wirtschaft „testen“ wollte. Das Ergebnis waren Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Wer jetzt dieses Lied anstimmt, übersieht die Wolken am Horizont der Weltwirtschaftsentwicklung und macht die Menschen zu Versuchskaninchen linker Umverteilungsträumereien.

Die Union bleibt die Kraft der Vernunft in Deutschland. Nach dem Bundesparteitag der CDU in Hannover stehen CDU und CSU so geschlossen wie nie hinter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mit klugen Entscheidungen, die nach intensiver und respektvoller Debatte getroffen wurden, setzt die Partei sich für Verbesserungen für jetzige und zukünftige Rentner ein, stärkt die besondere Rolle von Familien auch im Steuerrecht und hat mit Beschluss des Leitantrags ihr wirtschaftspolitisches Profil geschärft.

Die CDU steht für eine moderne soziale Marktwirtschaft und für eine Kultur des Vertrauens, die auf die Ideen, die Tatkraft und den Fleiß der Menschen setzt. Wir stehen für Freiheit in Verantwortung.

Friedensnobelpreis für die EU ist auch Verpflichtung

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union bestätigt unser Eintreten für ein besseres Europa zur Bewältigung der aktuellen Krise und zur dauerhaften Stärkung Europas in der Welt.

Vor dem Europäischen Rat dieser Woche, in dessen Mittelpunkt der Fahrplan zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion stand, gab es eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin mit anschließender Plenardebatte.

Wir haben dabei verdeutlicht, dass Haushaltsdisziplin und nationale Strukturreformen Vorrang haben und dazu die Stärkung der Koordinierungs- und Kontrollmechanismen konsequent umgesetzt werden muss.

Gleichzeitig gilt es, die Souveränität des Haushaltsgesetzgebers zu wahren. Die nationale Letztverantwortung ist für Europa und seine demokratische Rückbindung unverzichtbar.

Den jüngst erschienenen Abschlussbericht der Präsidenten von Europäischem Rat, Kommission, Eurogruppe und Europäischer Zentralbank „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ werden wir eingehend beraten.

Es finden sich darin grundlegende Positionen der Koalition wieder, etwa der Verzicht auf Eurobonds, die einheitliche Bankenaufsicht mit nationaler Einlagensicherung sowie ein europaweiter Bankenabwicklungsmechanismus.

Ebenso sind jedoch fragwürdige Vorschläge enthalten wie die Perspektive eines zentralen, potenziell kreditfinanzierten Budgets zur Abfederung wirtschaftlicher Schocks, die wir in der Debatte thematisieren werden.

Die Rente ist stabiler denn je

Laut Rentenversicherungsbericht ist die Rentenkasse zum Jahresende 2012 mit 29,4 Mrd. Euro äußerst gut gefüllt.

Dies entspricht 1,69 Monatsausgaben. Zum Jahresende 2011 hatte die Nachhaltigkeitsrücklage mit 24,1 Mrd. Euro noch 5,3 Mrd. Euro weniger betragen (1,42 Monatsausgaben).

Trotz der Beitragssenkung zum Jahresbeginn 2012 haben sich die Einnahmen der Rentenversicherung besser entwickelt als erwartet.

Grund für den Zuwachs in der Rentenkasse ist vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung und verbunden damit die deutlich gestiegenen Beitragseinnahmen.

Der Beitragssatz sinkt entsprechend den gesetzlichen Regeln zum 1. Januar 2013 von 19,6 auf 18,9%. Dadurch werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils um 3,2 Mrd. Euro entlastet.

Dies ist der niedrigste Beitrag seit 1996, der voraussichtlich bis 2018 stabil bleiben kann.

Gleichzeitig können die Rentnerinnen und Rentner im Westen Deutschlands bis 2016 nach derzeitigen Schätzungen mit einem Plus von 8,5%, im Osten sogar mit einem Plus von 11,55% rechnen.

(Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Hochschulstandort Deutschland ist beliebt

Die Zahl der Studierenden in Deutschland nimmt immer weiter zu. Im Jahr 2001 gab es 1,9 Millionen Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen.

Innerhalb von zehn Jahren erhöhte sich ihre Zahl um 27 Prozent auf 2,4 Millionen im Jahr 2011. Zum Wintersemester 2012/2013 hat sich die Zahl der Studierenden nach vorläufigen Berechnungen sogar auf 2,5 Millionen erhöht.

Im Jahr 2011 hatte auch die Zahl der Studienanfänger mit 518.700 Personen einen Rekordwert erreicht. Dies war eine Steigerung um 50 Prozent gegenüber 2001. Im Studienjahr 2012 sank die Zahl der Erstsemester nach vorläufigen Ergebnissen zwar auf 492.700, dies war jedoch noch immer der zweithöchste gemessene Wert.

Rund 337.100 Menschen waren 2011 als wissenschaftliches und künstlerisches Personal an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken beschäftigt, 50 Prozent mehr als noch im Jahr 2001.

Dabei ist vor allem die Zahl der nebenberuflich Beschäftigten wie der Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Hilfskräfte mit 85 Prozent auf 119.600 Personen deutlich gestiegen.

Auch die Zahl der hauptberuflich Beschäftigten ist seit 2001 deutlich gestiegen. Vor allem die Zahl wissenschaftlicher und künstlerischer Mitarbeiter verzeichnet mit 60 Prozent einen enormen Anstieg auf 162.100. Außerdem gab es 2011 mit insgesamt 42.900 Professoren 14 Prozent mehr als noch 2001.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)